

GESAMTVERTEIDIGUNG DEUTSCHLAND

Ein gemeinsamer Auftrag für unsere Gesellschaft



BUNDESWEHR



GESAMTVERTEIDIGUNG DEUTSCHLAND

Ein gemeinsamer Auftrag für unsere Gesellschaft



INHALT

Vorwort	6
Gesamtverteidigung in Deutschland – Folgerungen für die Bundeswehr in Krise und Krieg	8
Was ist Gesamtverteidigung?	9
Gesamtverteidigung – wogegen?	9
Anforderungen an die zivile und militärische Verteidigung	9
Rechtliche und konzeptionelle Grundlagen	10
Die Studienphase des LGAN 2023	11
Führung und Koordinierung in der Gesamtverteidigung	12
Rückblick – was fehlt	13
Daraus resultieren zwei maßgebliche Defizite	13
Der Stab für Nationale Resilienz, Sicherheit und Verteidigung (SNRSV)	13
Verlässliche Informationen als Schlüssel zur Gesamtverteidigung	15
Ziel: Operationszentrale Deutschland (OPZ DEU)	15
Entwicklung Lagebild Deutschland	15
Übungen in der Gesamtverteidigung	16
Fragmentierte Übungslandschaft	17
Übungsstrategie Gesamtverteidigung und Krisenreaktion	17
Das Übungsmosaik Deutschland	18
Übungen bottom-up und top-down	18
Das Bundeszentrum Übung & Ausbildung	
Gesamtverteidigung und Krisenreaktion (BZÜA)	19
Gesamtstaatliches Lernen	19
Kommunikation der Gesamtverteidigung	20
Verteidigung als gesamtgesellschaftliches Thema	21
Strategische Kommunikation als Teil gesellschaftlicher Resilienz	21
Kommunikationsnetzwerk Gesamtverteidigung	21
Übung der Kommunikation	21
Mobilmachung und personeller Wehersatz	22
Status quo – Realität der Reserve	23
Die passenden Rahmenbedingungen	23
Paradigmenwechsel: Vom Erfahrungswissen zur systemgestützten Entscheidung	23
Jetzt handeln – Voraussetzungen schaffen!	23
Zusammenfassung	26
Abkürzungsverzeichnis	28
Projektarbeiten & Masterarbeiten	28
Kompetenznetzwerk Gesamtverteidigung	29
Impressum	30



VORWORT

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich in den vergangenen drei Jahren grundlegend verändert. Besonders der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat uns gezeigt, dass Stabilität, Frieden und Freiheit nicht mehr so selbstverständlich sind, wie wir es lange angenommen hatten. Deutschland stellt sich auf eine neue Ära der Bedrohung ein – eine Ära, in der Landes- und Bündnisverteidigung einen neuen Stellenwert einnehmen müssen, in der konventionelle und hybride Gefahren gleichzeitig auftreten, in der Informationsräume, Infrastruktur und die Gesellschaft selbst Teil des Gefechtsfelds werden.

Eine solche Lage können Streitkräfte nicht allein bewältigen. Verteidigung ist immer deutlicher nicht mehr nur eine militärische Aufgabe, sondern eine, die unser ganzes Land fordert. Der Ansatz der Gesamtverteidigung bildet den strategischen Rahmen dafür. Es integriert staatliche, zivile und militärische Akteure. Nur gemeinsam können wir die aktuelle Bedrohung wirksam abwehren – nur wenn alle Kräfte koordiniert und vorausschauend Hand in Hand arbeiten. Wir brauchen

eine kriegstüchtige Bundeswehr, eine wehrhafte Gesellschaft und resiliente staatliche Strukturen. Nur so, nur gemeinsam schrecken wir ab. Deutschland kommt in der NATO eine besondere Rolle zu. Als Drehscheibe, Transitland, Truppensteller und Host Nation trägt es zentrale Verantwortung für die Verteidigungsfähigkeit unseres Bündnisses. Dieser Verantwortung können wir nur gerecht werden, wenn zivilgesellschaftliche Resilienz, militärische Einsatzbereitschaft und politische Handlungsfähigkeit ineinandergreifen.

Bis spätestens 2029 muss die Bundeswehr kriegstüchtig sein und Deutschland im Bündnis Wehrhaftigkeit beweisen. „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen.“ Das ist die Voraussetzung für Frieden durch glaubwürdige Abschreckung. Die vorliegende Broschüre soll dazu beitragen, das Verständnis für die Notwendigkeit und die Struktur moderner Gesamtverteidigung zu vertiefen. Sie richtet sich an Fachleute, Entscheidungsträger und interessierte Bürgerinnen und Bürger – sowie an alle, die Sicherheit als eine grundlegende gemeinsame Aufgabe wahrnehmen.

Ich danke dem Lehrgang Generalstabsdienst/Admiralstabsdienst National (LGAN) 2023, der in seiner Studienphase hervorragende Ergebnisse erarbeitet und damit das Thema „Gesamtverteidigung“ ein großes Stück vorangetrieben hat.

General Carsten Breuer
Generalinspekteur der Bundeswehr



Foto (beide): ©Bundeswehr/Anne Weinrich

GESAMTVERTEIDIGUNG IN DEUTSCHLAND – FOLGERUNGEN FÜR DIE BUNDESWEHR IN KRISE UND KRIEG

Gesamtverteidigung erfordert das gesamte Potential unseres Landes.

Was ist Gesamtverteidigung?

Zu den wesentlichen verfassungsmäßigen Aufgaben eines Staates gehören der Erhalt seiner Handlungsfähigkeit, der Schutz seiner Bevölkerung sowie die Verteidigung seines Territoriums. In der Bundesrepublik Deutschland werden alle gesamtstaatlich zu erbringenden militärischen und zivilen Maßnahmen der Landes- und Bündnisverteidigung unter dem Begriff der Gesamtverteidigung zusammengefasst.

Militärische und zivile Verteidigung sind organisatorisch eigenständige, jedoch funktional untrennbare Bereiche. Die militärische Verteidigung wird vom Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) verantwortet. Die zivile Verteidigung wird auf der Bundesebene vor allem durch das Bundesministerium des Inneren (BMI) koordiniert, liegt jedoch in der gemeinsamen Verantwortung des Bundes, der Länder und Kommunen.

Ziel der Gesamtverteidigung ist es, Staat und Bevölkerung, Institutionen und Infrastruktur Widerstandskraft zu verleihen – in Frieden wie in Krise und Krieg. Einem potentiellen Gegner vermittelt sie glaubwürdig gesellschaftliche Resilienz im Inneren und Verteidigungsbereitschaft und -willen nach außen. Gesamtverteidigung leistet somit einen zentralen Beitrag zur Abschreckung.

Aus der Zeit des Kalten Krieges stammend, erlebt das Konzept der Gesamtverteidigung vor dem Hintergrund fortschreitender geopolitischer Unsicherheit und hybrider Bedrohung eine neue Akzentuierung – nicht zuletzt durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Sie ist im Grundgesetz und in weiteren Gesetzen und Richtlinien fest verankert, bedarf jedoch einer zeitgemäßen inhaltlichen Schärfung.

Gesamtverteidigung – wogegen?

Gesamtverteidigung muss heute einem multidimensionalen Bedrohungsszenario gerecht werden und dem aktuellen Kriegsbild folgen.

Konventionelle Kriege zwischen Staaten sind wieder Realität. Insbesondere die Russische Föderation bedroht unsere westliche Lebensweise und bedient sich dabei einer strategisch geplanten Kombination aggressiver, antiwestlich ausgerichteter Bedrohungsmechanismen, die von reiner Truppenpräsenz über militärische Übungen bis hin zur Androhung des Einsatzes von Nuklearwaffen reichen.

Auch die Möglichkeit eines militärischen Angriffs auf Alliierte – etwa im Baltikum – kann nicht ausgeschlossen werden. Deutschland wäre als logistischer Knotenpunkt („Dreh-scheibe Deutschland“), als Aufmarschraum, Operationsbasis und -gebiet direkt bedroht, sei es durch Einflussnahme, Sabotage oder direkte Waffenwirkung.

Die vermutlich größte Herausforderung stellt die sogenannte hybride Kriegführung dar. Hybride Angriffe erfolgen gezielt unterhalb der Schwelle eines bewaffneten Konflikts – schwer zuzuordnen, aber hochwirksam. Beispiele sind: Cyberattacken auf Krankenhäuser, Unternehmen und Netzbetreiber, Sabotage von Pipelines, Unterseekabeln und Bahntrassen, Desinformationskampagnen über soziale Medien, Einflussnahme auf die politische Meinungsbildung und auf Wahlergebnisse. Selbst die gezielte Steuerung von Migrationsströmen wird als „Waffe“ eingesetzt.

Diese Angriffe zielen darauf ab, unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt bereits heute zu schwächen und die staatliche Handlungsfähigkeit zu lähmen. Unsere Widerstandskraft nach innen und die Verteidigungsbereitschaft nach außen sollen auf diese Weise schon im verfassungsrechtlichen Frieden infrage gestellt werden. Russland führt bereits heute einen solchen hybriden Krieg.

Gesamtverteidigung bietet darauf die Antwort im Kontinuum Frieden-Krise-Krieg. Sie ist der Eckpfeiler gesamtstaatlicher Sicherheit. Wer sie vernachlässigt, riskiert nicht nur militärisches Versagen, sondern das Versagen des Staates selbst.

Anforderungen an die zivile und militärische Verteidigung

Die geopolitische Lage Deutschlands im Herzen Europas, seine strategische Rolle in der NATO sowie die zunehmende konventionelle und hybride Bedrohung stellen hohe Anforderungen an die Bundesrepublik und ihre Bürgerinnen und Bürger. Gesamtverteidigung bedeutet hier nicht nur nationale Sicherheitsvorsorge, sondern auch eine besondere Verantwortung innerhalb der westlichen Bündnisgemeinschaft.

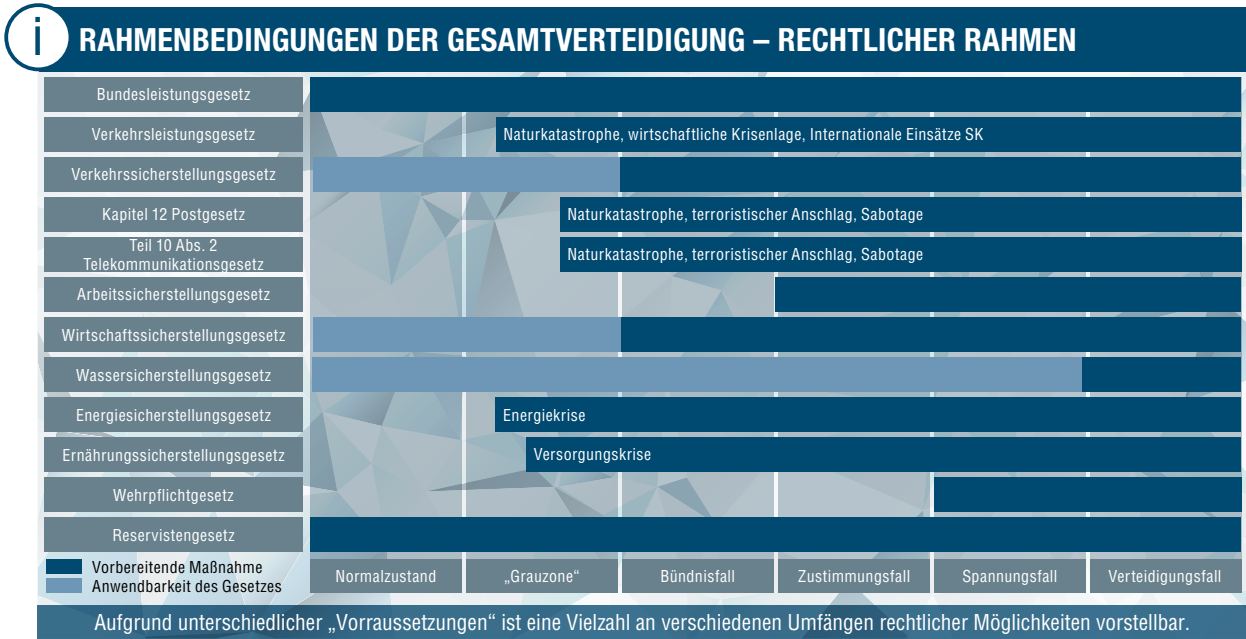
Im Falle einer militärischen Eskalation – etwa an der Ostflanke der Allianz – ist Deutschland Aufmarsch- und Transitland für militärische Logistik. Neben der Bereitstellung eigener Fähigkeiten und Kräfte für das Bündnis muss Deutschland als Drehscheibe der NATO in der Lage sein, schnell, sicher und koordiniert Truppen, Fahrzeuge und Nachschub der Alliierten aufzunehmen und in Richtung Osten zu befördern. Im weiteren Kriegsverlauf müssen zudem Verwundete, Flüchtende, Gefallene und beschädigtes Wehrmaterial von Ost in Richtung West durch das Bundesgebiet transportiert werden.

Deutschland ist einer der größten Truppensteller in der NATO. Die Bundeswehr muss weiter fähig sein, schnell einsatzbereite und durchhaltefähige Kräfte zu stellen – sowohl für die Landesverteidigung als auch entsprechend der durch die NATO entwickelten Verteidigungsplanung.

Das bedeutet konkret:

- Wiederherstellung der vollen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr,
- Personeller Aufwuchs, inkl. Reserve und Mobilmachungssystem,
- Integration in die NATO-Kommando- und Streitkräftestruktur,
- Nationale Führung und Koordinierung von Einheiten, die nicht der NATO unterstellt werden.

Deutschland trägt als „Host Nation“ die Verantwortung dafür, alliierte Streitkräfte aufzunehmen, zu unterstützen und zu ver-



sorgen. Diese Aufgabe trägt maßgeblich zur Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der Bündnisverteidigung bei.

Die Funktion der Host Nation kann nicht allein aus dem BMVg heraus koordiniert werden. Die Bundeswehr ist ein Akteur unter vielen. Hier kommt die Verschränkung von militärischen und zivilen Anstrengungen im Rahmen der Gesamtverteidigung besonders zum Tragen.

- Deutschland muss:
- eine leistungsfähige militärische und zivile Infrastruktur inkl. Bevorratung aufrecht- erhalten,
 - Führungsfähigkeit im zivil-militärischen Zusammenwirken sicherstellen,
 - ressortübergreifende Übungen und Plan- spiele durchführen,
 - die Gesellschaft auf Krise und Krieg vor- bereiten.

Rechtliche und konzeptionelle Grund- lagen

Das Grundgesetz bildet die zentrale Rechtsgrundlage der deutschen Gesamt-

verteidigung und erklärt sowohl die Si- cherstellung der Verteidigungsfähigkeit als auch den Schutz der Bevölkerung zu zen- tralen Staatsaufgaben.

Die staatliche Reaktionsfähigkeit auf äü- ßere Bedrohungen wird im Rahmen des sogenannten äußeren Notstands verfas- sungsrechtlich abgesichert. Das Rechts- regime des äußeren Notstands legt Ausnahmevorschriften an und unterschei- det dabei vier Eskalationsstufen: Den Fall besonderer Zustimmung („Zustimmungs- fall“), den Spannungsfall, den Bündnisfall sowie den Verteidigungsfall.

Diese unterschiedlichen Fälle sind an klar umrissene verfassungsrechtliche Voraus- setzungen geknüpft und bedürfen grund- sätzlich einer Feststellung durch den Bundestag mit der jeweils erforderlichen Mehrheit. Gerade der Verteidigungsfall kennt darüber hinaus abweichende Re- gelungen für den Notstand. In abgestufter Weise ermöglicht der Rechtsrahmen die Aktivierung von Vorsorge- und Sicherstel- lungsgesetzen, etwa zur Mobilmachung, zur Aufrechterhaltung kritischer Infrastruk-

turen (KRITIS) oder zur Sicherstellung der Versorgung.

Bereits ein Beschluss des Nordatlantik- rats mit Zustimmung der Bundesregierung kann die Aktivierung bestimmter Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze auslösen. Für weitergehende Eingriffe ist jedoch eine be- sondere Zustimmung des Bundestags oder die Feststellung des Spannungsfalls durch diesen mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich. Erst mit Feststellung des Verteidigungsfalls werden tiefgreifende staatsorganisations- rechtliche Veränderungen möglich, darunter insbesondere der Übergang der Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte vom Bundesminister der Verteidigung auf den Bundeskanzler – ein Ausdruck der be- sonderen nationalen Gesamtverantwortung in der äußersten Krisenlage.

Diese Verfassungsregelungen sind da- bei nicht als Automatismus zu verstehen, sondern als Ergebnis politischer Entschei- dungen, die stets im Zusammenhang mit der territorialen Verteidigung Deutschlands stehen müssen. Kommt es lediglich zu

einem regional begrenzten Konflikt inner- halb des NATO-Gebiets – etwa in einem Grenzgebiet eines anderen Mitgliedstaa- tes – stößt der Verteidigungsfall in seiner verfassungsrechtlichen Konzeption, die primär auf das eigene Staatsgebiet aus- gerichtet ist, an klare Grenzen.

Die Nationale Sicherheitsstrategie vom Juni 2023 legt das Fundament für die Ge- samtverteidigung. Sie benennt Resilienz als zentrale Voraussetzung nationaler Si- cherheit und betont das Prinzip der wehr- haften Demokratie. Der Titel „Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig.“ unterstreicht den Anspruch, Staat, Gesellschaft und Infra- struktur krisen- und kriegsfest zu machen. Die Rahmenrichtlinien für die Gesamtver- teidigung (RRGV) vom Juni 2024 bilden dazu den funktionellen Rahmen.

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien vom November 2023 erläutern die Rolle des Geschäftsbereichs BMVg in der gesamt- staatlichen Sicherheitsvorsorge und legen insbesondere den Auftrag und die Aufga- ben der Bundeswehr fest. Sie fordern die Wiederherstellung der vollen Einsatzbereit- schaft zur Landes- und Bündnisverteidigung in Verbindung mit der Alarmierungs- und Aufwuchsfähigkeit der Streitkräfte und be- tonen die Notwendigkeit, militärische und zivile Verteidigungsanteile enger zu ver- zahren. Sie bilden damit das Pendant zur Konzeption Zivile Verteidigung.

- Die Konzeption Zivile Verteidigung kon- kretisiert wiederum in koordinierender Verantwortung durch das BMI die föderal verteilten Aufgaben der zivilen Verteidigung in vier Bereichen:
- Aufrechterhaltung der Staats- und Regie- rungsfunktionen,
 - Schutz der Bevölkerung (Zivilschutz),
 - Versorgung der Bevölkerung sowie der Streitkräfte,
 - Unterstützung der Streitkräfte.

Die Konzeption Zivile Verteidigung legt damit im Kern das Beziehungsgeflecht

zwischen Bund, Ländern, Kommunen und weiteren zivilen Akteuren fest.

Die Studienphase des LGAN 2023

Vor dem Hintergrund der Anforderungen, die sich aus der sicherheitspolitischen Lage und dem daraus abgeleiteten Be- deutungsanstieg der Gesamtverteidigung für die nationale Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit ergeben, hat der LGAN 2023 vom Generalinspekteur der Bundes- wehr einen breit gefächerten Prüf- und Untersuchungsauftrag erhalten. Diese sogenannte Studienphase mit dem Titel „Gesamtverteidigung in Deutschland – Folgerungen für die Bundeswehr in Krise und Krieg“ zielt darauf ab, Handlungs- und Implementierungsvorschläge für die Ertüchtigung der Bundeswehr in der Gesamtverteidigung zu erarbeiten sowie ressortübergreifende Schnittstellen aus- zugestalten.

- Untersucht wurden die Bereiche:
1. Führung und Koordinierung in der Ge- samtverteidigung,
 2. Übungen in der Gesamtverteidigung,
 3. Kommunikation in der Gesamtverteidi- gung,
 4. Mobilmachung und personeller Wehr- ersatz.

Die im Folgenden skizzierten Handlungs- und Implementierungsvorschläge nehmen die Bundeswehr ins Zentrum der Be- trachtung, weisen in ihrer Bedeutung für die Ertüchtigung der Gesamtverteidigung als Ganzes jedoch über diese hinaus. Sie zielen bewusst darauf ab, anschlussfähig an Überlegungen zur Weiterentwicklung der zivilen Verteidigung zu sein und ver- stehen sich als möglicher Beitrag der Bundeswehr zur Steigerung der gesamt- staatlichen Resilienz und Verteidigungs- bereitschaft. Sie loten aus, auf welchen Gebieten die Bundeswehr als Erfahrungs- träger und Impulsgeber vorangehen, aber auch umgekehrt aus der zivilen Verteidi- gung lernen kann.

i

DIE STUDIENPHASE – DIE LETZTE IHRER ART

In der Studienphase bearbeitet jeder LGAN ein vorgegebenes Thema aus verschiedenen Perspektiven und mit unterschiedlichen Herangehenswei- sen, um es zum Ende des Lehrgangs dem Generalinspekteur der Bundes- wehr als Auftraggeber sowie vielen weiteren Vertretern der militärischen Führung vorzutragen und damit Im- pulse für die Fortentwicklung der Bundeswehr zu geben.

Die durch den Generalinspekteur der Bundeswehr vorgegebenen Themen reichen von den „Erfordernissen, Zielen, Möglichkeiten und Grenzen streitkräftegemeinsamer Ausbildung“ (2006), über die „Integration der Bun- deswehr in die Gesellschaft“ (2013) oder „Afrika – ein Kontinent im Auf- bruch“ (2018) bis zur „Verteidigung in der Dimension Weltraum“ (2022).

Die Ergebnisse der Studienphase werden vor Lehrgangsende den zi- vilen und militärischen Spitzenfüh- rungskräften des Geschäftsbereichs BMVg sowie ausgewählten zivilen Spitzenführungskräften aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft prä- sentiert. 20 Jahre nachdem im Jahr 2005 erstmals ein LGAN mit der Durchführung einer Studienphase beauftragt wurde, bildet die im Juli 2025 geplante Ergebnispräsentation des LGAN 2023 den Abschluss in der bisherigen Form.

FÜHRUNG UND KOORDINIERUNG IN DER GESAMTVERTEIDIGUNG

Die Architektur der Gesamtverteidigung muss bereits im Frieden tragfähig sein, sodass in Krise und Krieg Schnittstellen und Akteure bekannt sind – so entsteht Handlungssicherheit.

Rückblick – was fehlt

Die COVID-19-Pandemie stellte die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland auf die Probe. Es musste zügig auf Lageänderungen reagiert und in unterschiedlichsten Bereichen und Ebenen schnell gehandelt werden. Zur Bewältigung dieser Mammutaufgabe wurde ein Krisenstab im Bundeskanzleramt aufgestellt. Dieser ermöglichte, ressort- und ebenenübergreifendes Handeln in der Krise zu koordinieren.

Somit hat die COVID-19-Pandemie gezeigt, dass in Deutschland ein Defizit an verfügbaren Strukturen zur Bewältigung existentieller Krisen besteht. Dieses Defizit an Entscheidungs- und Steuerungsstrukturen wurde zunächst pragmatisch versucht, durch neue ad-hoc-Gremien zu beseitigen.

Keine Aufgabe wird jedoch die Bundesrepublik Deutschland so fordern wie die Planung, Vorbereitung und Durchführung der nationalen und Bündnisverteidigung. Mit Feststellung der einzelnen Stufen des äußeren

Notstands wird es zusätzlich vielschichtiger und komplexer, da damit zusammenhängende Befugnisse und Rechte klar festgelegt sein müssen. Der enge Schulterschluss der zivilen und militärischen Verteidigung und der damit verbundene Koordinationsbedarf sind in den politischen und strategischen Dokumenten benannt, aber noch zu selten fest etabliert. Es mangelt nicht an Gesetzgebung, sondern an eingeschwungenen Strukturen zur Anwendung und Handlungssicherheit in den Streitkräften, der Verwaltung und den Behörden.

Daraus resultieren zwei maßgebliche Defizite

Erstens mangelt es an klaren Strukturen in der nationalen Architektur der Gesamtverteidigung. Im Bereich der militärischen Verteidigung wurde mit der Aufstellung des Operativen Führungskommandos der Bundeswehr zum 1. Oktober 2024 die Gesamtverteidigung auf der operativen Ebene gestärkt. Im nächsten Schritt müssen nun zivile und militärische Strukturen auf der strategischen Ebene verflochten und koordiniert werden.

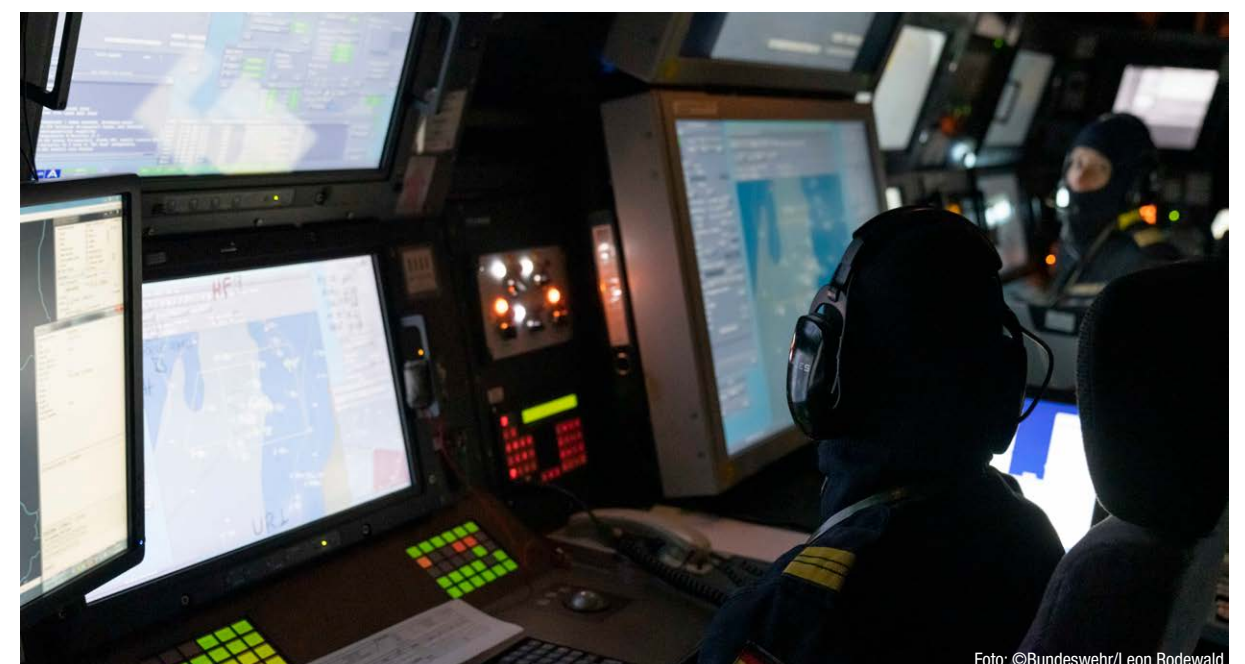
Darüber hinaus umfasst zweitens die zivile Verteidigung zahlreiche Akteure und damit Schnittstellen von Bund, Ländern, Kommunen und nichtstaatlichen Trägern. Diese Vielfalt der Akteure kann Gesamtverteidigung in Deutschland anfällig für hybride Kriegführung machen und zu Bruchstellen und Lagebildverlusten führen.

Der Stab für Nationale Resilienz, Sicherheit und Verteidigung (SNRSV)

Hierzu schlagen wir die Aufstellung eines „Stabes für Nationale Resilienz, Sicherheit und Verteidigung“ (SNRSV) vor.

Dieser fungiert als das stehende, zentrale zivil-militärische Koordinierungs- und, im Krieg auch, Führungselement im Bundeskanzleramt. Er stellt dabei Knotenpunkt und Bindeglied zwischen dem zu schaffenden Nationalen Sicherheitsrat, einem nationalen Lagezentrum der Bundesregierung (Operationszentrale Deutschland) sowie den Bundesressorts, Ländern und Kommunen dar.

Der Stab ist ein Arbeitsmuskel der politischen Leitung, mit dem klaren Fokus auf



Gesamtverteidigung. Er nimmt Aufgaben im gesamten Kontinuum von Frieden, Krise und Krieg wahr. Er ist bereits im Frieden zuständig für:

- die ressort- und länderübergreifende Planung und Koordinierung der Gesamtverteidigung,
- der Planung damit zusammenhängender Übungen,
- Kommunikation in der Gesamtverteidigung und Öffentlichkeitsarbeit,
- gesamtstaatliche Lagebeurteilung („Situational Awareness“) auf Grundlage eines „Lagebild Deutschland“
- die inhaltliche Einordnung für den Bundeskanzler und den Nationalen Sicherheitsrat, unbenommen von der Funktion des Generalinspektors der Bundeswehr als oberster militärischer Berater.

Durch seine Aufwuchsfähigkeit und ressortübergreifende zivil-militärische Zusammensetzung ist der Stab zu jedem Zeitpunkt in der Lage, die Koordinierung der Gesamtverteidigung im Auftrag des Bundeskanzlers zu übernehmen. Mit Vorbereitung und anschließender Feststellung des Verteidigungsfalls stellt er sicher, dass die Bundesregierung ressortübergreifend führen kann. Besonders relevant sind hier die bereits im Frieden etablierten Kommunikationswege und Schnittstellen. Zusätzlich kann er auch die Bewältigung von Katastrophenszenarien und Großschadensereignissen von nationaler Tragweite unterstützen.

Der Stab wird durch eine Staatsministerin bzw. einen Staatsminister geführt. Die

jeweilige Leitung muss auch Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats sein, sodass eine Verzahnung der politisch-strategischen mit der operativen Ebene gewährleistet wird.

Das Personal rekrutiert sich aus allen für die Gesamtverteidigung relevanten Ressorts, ggf. auch aus den Bundesländern. Die in der Bundeswehr vorhandene Erfahrung in der Führung von komplexen Lagen sowie bereits etablierte Führungssysteme können die erfolgreiche Aufstellung unterstützen. Daher sollte der Geschäftsbereich BMVg die Rolle des Impulsgebers übernehmen und zur „Anschubfinanzierung“ einen substantiellen personellen und materiellen Beitrag leisten.

Verlässliche Informationen als Schlüssel zur Gesamtverteidigung

Ein zentraler Erfolgsfaktor in der Gesamtverteidigung ist die Fähigkeit zur lagebezogenen Führung. Diese steht und fällt mit verlässlichen Informationen.

Zwar führen bereits die Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung aus, dass es ausgeplanter Führungsstrukturen, Führungsprozesse, Führungsmittel und eines Informationsmanagements bedarf. Jedoch sind weder in der militärischen noch in der zivilen Verteidigung die benötigten Fähigkeiten in ausreichendem Maße vorhanden. Gerade in der zivilen Verteidigung verfügen verschiedene Lagezentren zwar über leistungsfähige Technologien, operieren jedoch teilweise nicht durchgängig, sondern nur im Ereignisfall und sind darauf angewiesen, dass betroffene Bundesländer freiwillig Informationen bereitstellen. Dies führt dazu, dass Daten, die Einsatzführungssysteme der beteiligten zivilen und militärischen Kräfte auf operativer Ebene bereitgestellt werden könnten, nur selten vorliegen. Noch seltener werden diese Datensammlungen schließlich systematisch ausgewertet und zu verwertbaren Lageinformationen aufbereitet.

Verstärkt wird dieser Effekt durch das komplexe Zuständigkeitsgeflecht und die fragmentierte Organisation der zivilen Verteidigung. Daraus ergeben sich Defizite im Bereich der Führungs- und Kommunikationsfähigkeit, etwa aufgrund inkompatibler Prozesse und nicht interoperabler IT-Lösungen.

Ziel: Operationszentrale Deutschland (OPZ DEU)

Wir schlagen vor, eine Operationszentrale Deutschland (OPZ DEU) zu etablieren. Diese OPZ DEU im Operativen Führungskommando der Bundeswehr liefert im Verteidigungsfall dem SNRSV ein gesamtstaatliches Lagebild, das „Lagebild

Deutschland“. Damit gewährleistet die OPZ DEU Überblick und Auswertungskompetenz für die bundesweite Alarmierung und Operationsführung und garantiert so die Handlungsfähigkeit bei der Führung der Gesamtverteidigung.

Sie übernimmt dabei die Zusammenführung von militärischen und zivilen Teil-lagebildern und erstellt ein fusioniertes Lagebild Deutschland, das Daten und Analysen aus den unterschiedlichen Ressorts und Bundesländern über alle Ebenen stets aktuell führt.

Das Lagebild wäre somit auch geeignet, eine zentrale Übungsplanung und -durchführung zu gewährleisten, im Frieden auf Großschadensereignisse zu reagieren, oder gar eine orchestrierte Folge von hybriden Einzelattacken, bundesweit verteilt, einer koordinierten gegnerischen Aktion zuzuordnen.

Entwicklung Lagebild Deutschland

Wir schlagen vor, das Projekt Territorial Hub als Kernlösung für die technische Umsetzung eines gesamtstaatlichen Lagebilds in der Operationszentrale Deutschland zu nutzen.

Die Grundlage dazu bilden die Erfassung aller Akteure und ihrer Informationsbedarfe. Daraus lässt sich ableiten, wer welche Informationen teilen muss. Dies definiert gesamtstaatliche Informationsaustauschbeziehungen. Dazu wurde ein zielgerichtetes „Information Exchange Requirement Management Tool“ entwickelt, das den Nutzern hilft, die Austauschbeziehungen zwischen den Akteuren zu erfassen und zu verwalten. Es unterstützt außerdem bei der strukturierten Erfassung und Steuerung des Informationsflusses.

Anschließend werden diese Informationen bewertet und in Lagebildern gra-

phisch aufbereitet, um eine „Situational Awareness“ für Entscheidungsträgerinnen und -träger zu generieren.

Herausfordernd ist die Verschränkung des zivilen und militärischen Informationsflusses, um gemeinsame Lagebilder zu ermöglichen. Hier müssen unterschiedliche Sicherheitsanforderungen, Schnittstellenprobleme, wenig intuitive IT-Lösungen und sogenannte „Drehstuhlschnittstellen“ überwunden werden.

Das Projekt Territorial Hub bietet eine Lösung für den digitalen Schulterschluss zwischen dem militärischen und zivilen Informationsraum. Es ermöglicht das bruchfreie Teilen eines graphischen Lagebilds über die Sicherheitsdomänen von OFFEN bis GEHEIM für alle Akteure, auch zivil, auf Basis der Software „SitaWare Headquarters“. In der Bundeswehr bereits etabliert, bildet es eine mögliche Grundlage für ein gemeinsames Lagebild Deutschland in der Gesamtverteidigung.

Zusammen mit den Bezirks- und Kreisverbindungskommandos (BVK/ KVK) der Bundeswehr üben Polizeidienststellen, Feuerwehr und Verwaltung regelmäßig das Pflegen eines Lagebilds Deutschland auf kommunaler Ebene. Diese einzelnen Mosaiksteine lassen sich auf der operativen Ebene zu einem bundeswehrgemeinsamen oder im nächsten Schritt zu einem gesamtstaatlichen Lagebild verschmelzen. Damit einhergehend könnte beispielsweise auch der Ministerpräsidentin/ dem Ministerpräsidenten eines Landes ein stetes Lagebild aus vielen Sektoren (Straße, Schiene, KRITIS etc.) durch das Landeskommando (LKdo) zur Verfügung gestellt werden.

Nur durch diesen vernetzten „Bottom-Up“ Ansatz gelingt es, relevante Informationen aus der Fläche zusammenzuführen, zu bewerten und auf der Bundesebene nach konkretem Informationsbedarf abrufbar zu halten.

SCHEMA LAGEBILDAUFWUCHS

GESAMTVERTEIDIGUNG BRAUCHT EIN STARKES LAGEBILD

Lageaufwuchs erfolgt von „unten nach oben“ – entlang definierter Informationsaustauschbeziehungen.

- In der untersten taktischen Ebene GesVtdg (Ebene der Fach-Lagezentren) werden Meldungen ausgewertet und zu Fach-Lagebildern zusammengefasst.
- In den Ebenen darüber werden aus den Fachlagen regionale Gesamt-Lagebilder erstellt.
- Die regionalen Lagebilder münden in ein Lagebild Deutschland.

Die Bewertung der Meldungen umfasst Filtern, Priorisieren und Zusammenfassen. Die Bewertung erfolgt durch Fachpersonal. Die technische Lösung für die Überbrückung OFFENTLICH – OFFEN – VS-NFD – GEHEIM stellt TerrHub mit SitaWare Headquarters sicher. Der Begriff „Lagebild“ beschränkt sich nicht auf die visualisierte Darstellung von Informationen, sondern schließt auch immer das „Narrativ“ hinter der Bewertung ein. Dies kann beispielsweise schriftliches Melde- und Alarmwesen sein.

III. LAGEBILD DEUTSCHLAND

Bewertung und Zusammenführung der regionalen Lagebilder:

Aufgaben:

- Bereitstellung Lagebild DEU in Nationalem Lagezentrum
- Lagebild DEU als Grundlage für Entscheidung im Ständigen Stab für Nationale Resilienz, Sicherheit und Verteidigung
- Priorisierung und Feststellung von Handlungsbedarfen
- Zusammenfassung von Teillagen
- Filterung von Leitungsrelevanten Informationen

II. REGIONALES LAGEBILD

Ebenengerechte Lagebewertung:

z.B. Kommunen, Landkreise, Regierungsbezirke, Bundesländer

Aufgaben:

- Bewertung der taktischen Fachlagen
- Feststellung von Handlungsbedarfen
- Zusammenfassung
- Filterung

I. FACH-LAGEBILD

Unterste taktische Ebene der GesVtdg:

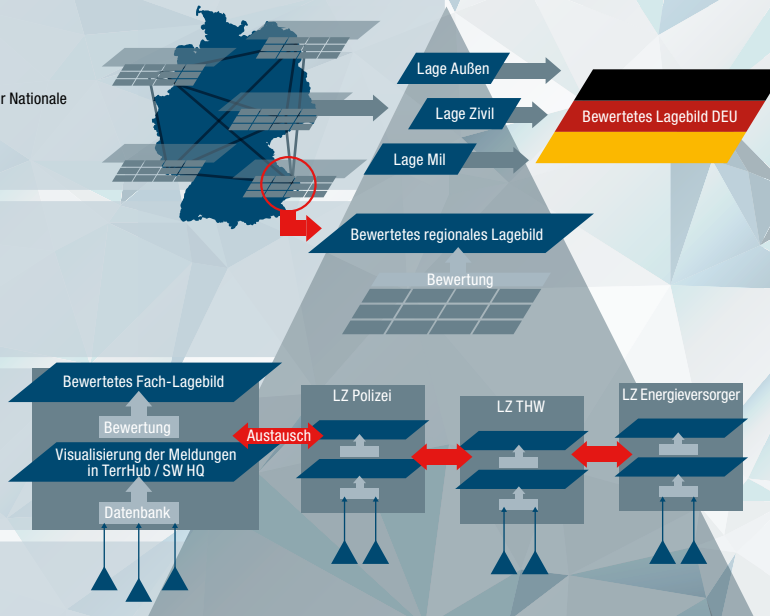
z.B. Lagezentren, Polizei, Feuerwehr, THW, Hilfsorganisationen

Aufgaben:

- Sammlung von Daten
- Auswertung
- Zusammenfassung
- Filterung

„ROHMELDUNGEN“

- Meldungen
- Reports
- Alarme



Legende: △ Einzel gemeldetes Ereignis; ▬ TerrHub Lagebild; SW HQ - SitaWare Headquarters

ÜBUNGEN IN DER GESAMTVERTEIDIGUNG

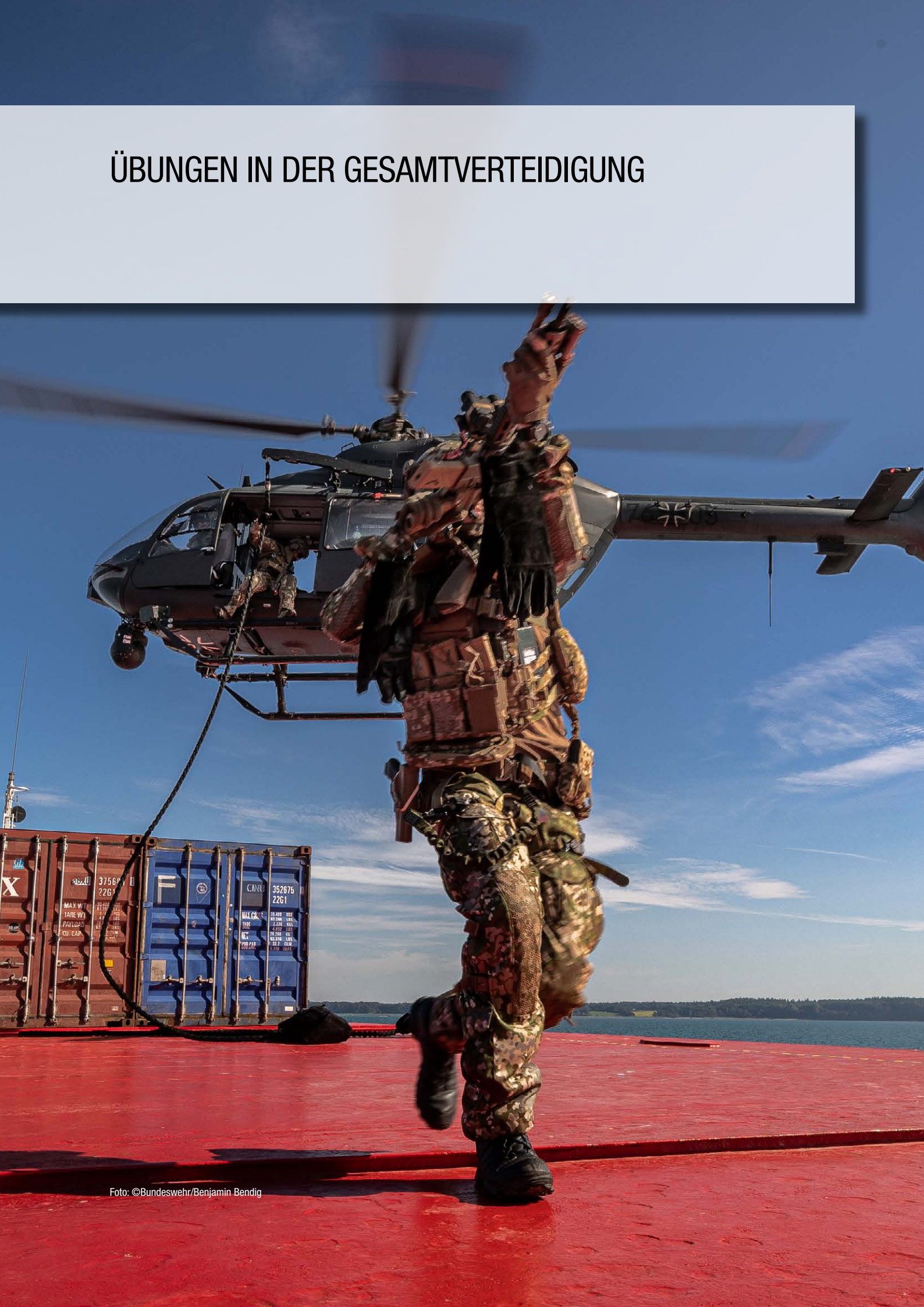


Foto: ©Bundeswehr/Benjamin Bendig

Eine funktionierende Übungs- und Ausbildungskultur sendet ein starkes Signal der Abschreckung.

Schwachstellen in Systemen werden erst sichtbar, wenn Abläufe regelmäßig geübt und unter Belastung getestet werden. Dies gilt auch für die Gesamtverteidigung.

Fragmentierte Übungslandschaft

Die Übungslandschaft der mit der Gesamtverteidigung befassten Akteure in Deutschland ist hochgradig fragmentiert und von Silo-Denken geprägt: Übungen sind oft auf einzelne Ressorts oder Organisationen begrenzt. Synergiepotentiale bleiben vielfach ungenutzt, der Erfolg hängt nicht selten von informellen, nicht nachhaltigen Netzwerken ab. Trotz zahlreicher Aktivitäten mangelt es an strategischer Koordination.

Ressourcen werden ineffizient eingesetzt, weil Übungen isoliert und nicht aufeinander abgestimmt stattfinden.

Angesichts der Vielzahl an Akteuren in der Gesamtverteidigung sowie der föderalen Struktur Deutschlands ergeben sich erhebliche Herausforderungen für die Planung, Durchführung und Auswertung sowie die Erfahrungssicherung nach gemeinsamen Ausbildungen und Übungen.

Übungsstrategie Gesamtverteidigung und Krisenreaktion

Wir schlagen daher eine ressort- und ebenenübergreifende „Übungsstrategie

deutsche Gesamtverteidigung und Krisenreaktion“ vor.

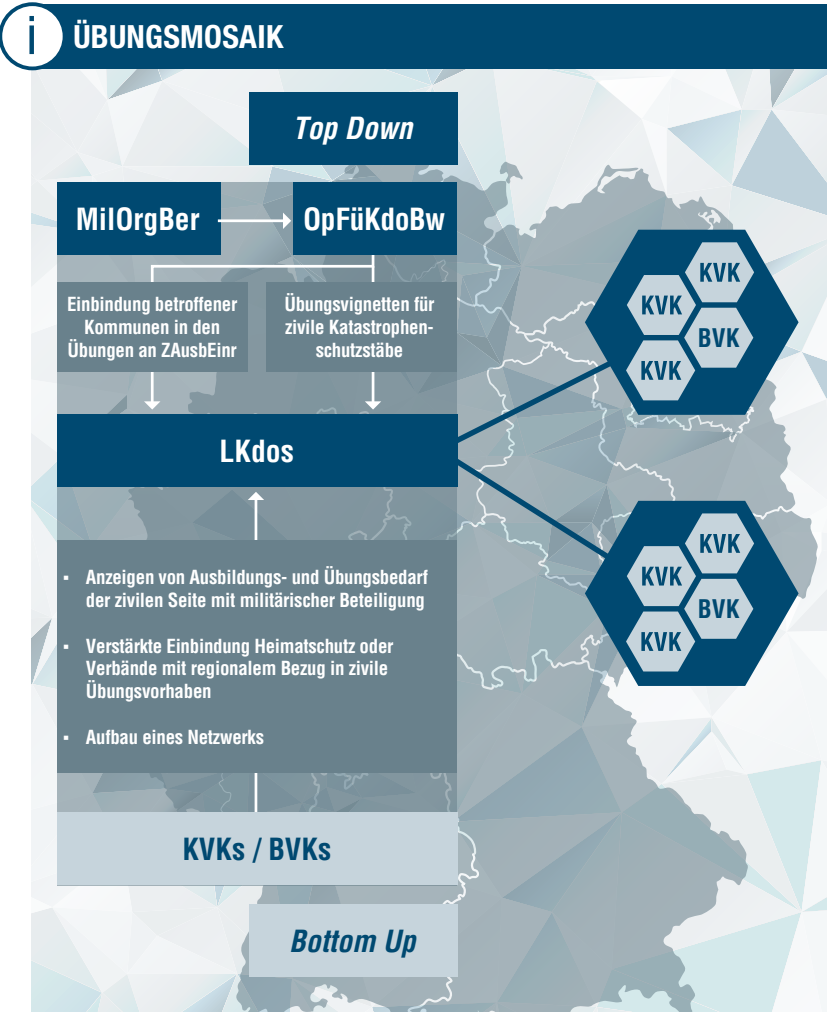
Diese Strategie der Bundesregierung soll als Bezugsrahmen für alle relevanten Akteure dienen und eine breite politische Legitimation, ressortübergreifende Verbindlichkeit und langfristige Wirksamkeit sicherstellen. Die Einbindung aller Ressorts sowie der Bundesländer ist hierfür unabdingbar.

Die Übungsstrategie legt Vorgaben für Zusammenarbeit, Koordination und Evaluation im Bereich von Ausbildungen und Übungen fest, ohne dabei die Gestaltungsfreiheit nachgeordneter Ebenen über Gebühr einzuschränken. Sie gewährleistet unter Führung des Bundes weitgehende Subsidiarität in der Ausgestaltung von Übungen und Manövern vor Ort.

Sie formuliert klare strategische Ziele für gesamtstaatliches Üben und Ausbilden und beschreibt mögliche Wege zu deren Umsetzung und Evaluation („Benchmarks“).

Der Bundeswehr kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Mit ihrer umfassenden Erfahrung, etablierten Koordinierungsstrukturen bis in die untersten Ebenen, integrierten Übungsreferaten und einer leistungsfähigen Infrastruktur verfügt sie über eine einzigartige Übungskompetenz. Daraus erwächst auch die besondere Verantwortung, die strukturierte Zusammenarbeit mit anderen Ressorts im Sinne eines Impulsgebers konstruktiv zu gestalten und partnerschaftlich weiterzuentwickeln.

Zugleich gilt es, ressortintern die relevanten Schnittstellen zu benennen und auszubauen. Wenn der Geschäftsbereich BMVg hier mit einem strategischen Ansatz vorangeht und ein andockfähiges Angebot entwickelt, kann daraus ein bedeutender Impuls für ein stärker integriertes Übungssystem deutschlandweit und ressortübergreifend erwachsen. Der Vorteil liegt auf



der Hand: Ohne einen leistungsfähigen zivilen Anteil an der Gesamtverteidigung verlieren auch militärische Anstrengungen an Wirkung. Der Bereich der militärischen Verteidigung sollte daher bereit sein, in enger Abstimmung mit dem Innenressort sowie der Länderebene, die Federführung bei der Entwicklung einer ressortübergreifenden Übungsstrategie zu übernehmen – als Erfahrungsträger und Partner, als Ermöglicher und Pulsgeber.

Das Übungsmosaik Deutschland

Zudem schlagen wir die Gestaltung der ressortgemeinsamen Übungssystematik „Übungsmosaik Deutschland“ vor.

Dieses Konzept wird dem Bedarf nach einer einheitlichen, flächendeckenden und zugleich flexiblen Übungssystematik gerecht, die eine abgestimmte und wirksame Vorbereitung aller relevanten Akteure sicherstellt.

Das Konzept „Übungsmosaik Deutschland“, als Teil der nationalen Übungsstrategie, versteht Deutschland als ein „Mosaik“ aus Landkreisen und kreisfreien Städten. Jeder „Mosaikstein“ wird entsprechend der im Rahmen der Gesamtverteidigung an ihn gerichteten Anforderungen, seiner eigenen, lokalen Bedarfe und seiner Übungsreife betrachtet und bewertet. In Federführung lokaler Verantwortungs-

träger und in enger Zusammenarbeit mit den LKdos der Bundeswehr sowie dem Operativen Führungskommando der Bundeswehr werden Prozesse und Verfahren auf der kleinstmöglichen Ebene analysiert, auf Effektivität ausgerichtet und geübt. Der Umsetzung des „Operationsplans Deutschland“ kommt dabei besondere Bedeutung zu. Komplexität wird so „im Kleinen“ beherrschbar gemacht.

Übungen bottom-up und top-down

Das Übungsmosaik ermöglicht bottom-up und top-down initiierte Übungsvorhaben und schafft dadurch eine flexible, skalierbare Struktur, die den unterschiedlichen Ausbildungsständen und Vorbereitungsgraden der Akteure Rechnung trägt.

Die Systematik erlaubt es, einzelne Mosaiksteine bedarfsorientiert zu größeren Übungsverbünden zusammenzuführen. So können Landkreise grenzüberschreitend kooperieren und gemeinsam mit zivilen Landes- und Bundesbehörden sowie der Bundeswehr abgestimmte Übungsszenarien durchführen.

Eine transparente Darstellung der jeweiligen Fähigkeiten und Übungsreife ermöglicht eine gezielte Planung und fördert den überregionalen Austausch. Bestehende Übungslandschaften der zivilen Verteidigung, des Katastrophenschutzes sowie internationale Formate von EU und NATO können eingebunden werden.

Mosaiksteine können an Großübungen teilnehmen oder – eine entsprechende Leistungsfähigkeit vorausgesetzt – in diese integriert werden. Der Kompatibilität mit der NATO kommt bei der Bündnisverteidigung besonders große Bedeutung zu.

Ressortgemeinsames und bedarfsorientiertes Ausbilden und Üben wird so in die Fläche gebracht und Transparenz über die Leistungsfähigkeit der Gesamtverteidigung in Deutschland geschaffen.

Eine erfolgreiche Umsetzung erfordert jedoch eine durchsetzungsfähige, zentrale Steuerungs- und Koordinierungsinstanz. Die Bundeswehr verfügt bereits über eine Struktur, die von der Bundesebene bis in die Kommunen reicht. Daher kann ein Weg zur Lösung sein, diese Elemente so zu befähigen, dass sie zur Entstehung des nationalen Gesamtbildes zur Leistungsfähigkeit in der Gesamtverteidigung beitragen. Hierzu ist beispielsweise die Vernetzung der LKdos zu verstärken.

Das Bundeszentrum Übung & Ausbildung Gesamtverteidigung und Krisenreaktion (BZÜA)

Ergänzend schlagen wir die Aufstellung eines „Bundeszentrums Übung & Ausbildung Gesamtverteidigung und Krisenreaktion“ (BZÜA) vor.

Das BZÜA dient als organisatorische Plattform und Kompetenzzentrum, um die Koordination, Konzeption und Weiterentwicklung, Durchführung sowie Auswertung von Übungen bundesweit sicherzustellen.

Als Mittel des BZÜA zur Durchführung von Ausbildungen und Übungen, schlagen wir die Etablierung eines ressortgemeinsamen Systemverbundes aus bundesweiten

interdisziplinären „Ausbildungsstützpunkten Gesamtverteidigung“ vor. Bereits bestehende Infrastrukturen und personelle Ressourcen sollen dabei in einem gemeinsamen Verständnis der Gesamtverteidigung genutzt werden. Denkbar sind hier militärische Schulen und Übungsplätze, die Bundesakademie für Sicherheitspolitik, die Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung, Polizei- und Feuerwehrademien sowie weitere Ausbildungseinrichtungen, etwa von Hilfs- und Blaulichtorganisationen oder Unternehmen der Arbeitssicherheits- und Sicherheitsbranche. Teil eines Systemverbundes zu sein, fördert das gesamtstaatliche „Mindset“ der eingebundenen Institutionen und Personen.

In enger Abstimmung mit anderen Ressorts und zentralen zivilen Akteuren wie dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sollte die Bundeswehr aufgrund ihrer Expertise im Bereich Übungen im Rahmen der Aufstellung Verantwortung übernehmen. Konkret bedeutet das, bereit zu sein, den Kern des zur Aufstellung erforderlichen Personals sowie die nötige Infrastruktur und Ausstattung zu stellen und die organisatorischen Grundlagen ressortabgestimmt zu schaffen. Ebenso sind Dienststellen festzulegen, die dem BZÜA zuarbeiten.

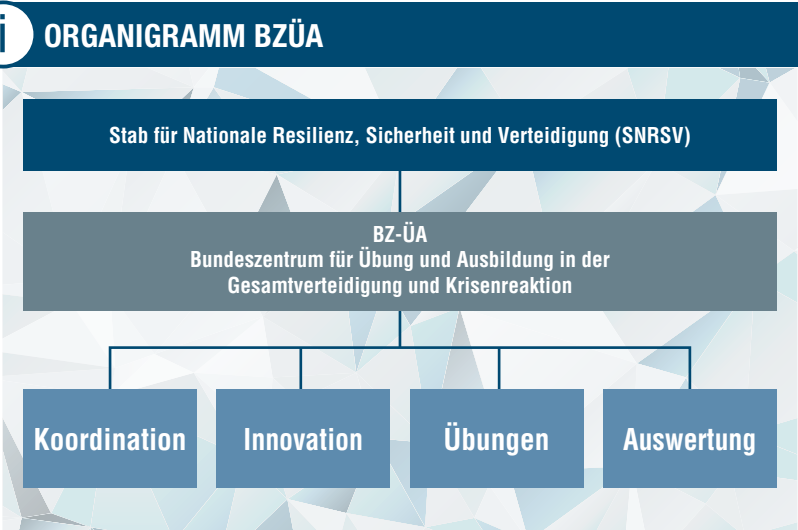
Das BZÜA wäre als Kompetenzzentrum dem SNRSV organisatorisch zugehörig und damit dem Bundeskanzleramt fachlich unterstellt.

Gesamtstaatliches Lernen

Als wesentliches Gestaltungs- und Bewertungsinstrument für die Auswertung schlagen wir den Aufbau einer cloud-basierten, KI-gestützten Bundesdatenbank vor.

Dieses System schafft die Voraussetzung für ein über alle Ebenen organisiertes gesamtstaatliches Lernen. Es soll die standardisierte Erfassung, abgestufte Zugriffsrechte und eine systematische Nachhaltung der Behebung festgestellter Defizite sicherstellen. Die Verwaltung und Pflege erfolgt durch das BZÜA. Die Bundeswehr muss an der Entwicklung einer solchen Lösung aktiv mitwirken.

Angesichts knapper Ressourcen und der sicherheitspolitischen Herausforderungen sind Übungen integriert zu denken – auch als Element wirksamer Abschreckung. Mit der Übungsstrategie als Auftrag und Zielsetzung, dem Übungsmosaik als Systematik und dem BZÜA als Umsetzungsorganisation kann gesamtstaatliches Üben qualitativ hochwertiger und effizienter gestaltet werden.



KOMMUNIKATION DER GESAMTVERTEIDIGUNG

Entwurf
LGAN 2023

Was ist Deine Rolle?

Dein Beitrag – Unsere Sicherheit



Gesamtverteidigung braucht klare Botschaften – deutschlandweit und gegenüber Partnern und Gegnern.

Verteidigung als gesamtgesellschaftliches Thema

„Verteidigung? Sache der Bundeswehr!“ So oder so ähnlich lässt sich eine immer noch verbreitete Haltung in der deutschen Gesellschaft zugespitzt zusammenfassen. Tatsächlich verhält es sich aber ganz anders:

Gesamtverteidigung ist gerade kein rein militärisches, sondern ein gesamtgesellschaftliches Thema. Sie geht uns alle an, weil zu ihrem Gelingen ein Zusammenwirken von dem ehrenamtlich bei der freiwilligen Feuerwehr engagierten Hotelfachmann über die mittelständische Logistikerin bis hin zur Soldatin und zum Soldaten erforderlich ist. Sie alle – wir alle – haben eine Rolle in der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe Gesamtverteidigung.

Diese Erkenntnis ist in der breiten Bevölkerung noch nicht überall fest verankert. Ursachen sind jedoch nicht – wie man vermuten könnte – in Ablehnung oder Desinteresse zu suchen, sondern sind eher eine Folge mangelhafter ehrlicher Kommunikation sowie konkreter Angebote für entsprechendes Engagement. Ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Tiefe des Themas, die sich daraus ergebenden Herausforderungen und die eigene Rolle in der Gesamtverteidigung können nicht überall vorausgesetzt werden. Gleichzeitig birgt dieses fehlende Bewusstsein die Gefahr eines Einfallstors für Desinformation – ein Vektor hybrider Einflussnahme. Denn je geringer der Kenntnisstand ist, desto größer sind auch die Möglichkeiten der Beeinflussung und Manipulation.

Strategische Kommunikation als Teil gesellschaftlicher Resilienz

Wir schlagen vor, in einem ersten Schritt die Entwicklung einer ressort- und ebenenübergreifenden „Kommunikationsstrategie Gesamtverteidigung“ zu etablieren.

Um bereits jetzt eine Medienkompetenz im Sinne einer Resilienz gegenüber Falschmeldungen, Manipulation, Desinformation und Einflussnahme in der Bevölkerung aufzubauen, braucht es kommunikative Professionalität und Weitsicht. Es braucht gesamtstaatliche strategische Kommunikation.

Eine umfassende Kommunikationsstrategie bildet das Dachdokument gesamtstaatlicher Kommunikation und beinhaltet grundlegende Narrative genauso wie kurz-, mittel- und langfristige Kommunikationsziele. Sie liegt in der Verantwortung des Bundespresidents, das sich eng mit dem neu zu schaffenden SNRSV abstimmt. Dies wird dem ressort- und ebenenübergreifenden Charakter gerecht, denn der Erfolg einer gemeinsamen Strategie steht und fällt mit deren Akzeptanz auf allen Ebenen. Einen ersten Entwurf einer Kommunikationsstrategie Gesamtverteidigung haben wir in Form eines Impulspapiers erarbeitet. Zur Umsetzung dieser Strategie braucht es Kommunikatorinnen und Kommunikatoren, die ihre Inhalte und Narrative verbreiten, verfeinern und anpassen, und zwar an eine möglichst große, breite und divers zusammengesetzte Zielgruppe. Die gesamte Gesellschaft muss erreicht werden.

Kommunikationsnetzwerk Gesamtverteidigung

Damit dies auch dann noch gelingt, wenn sich eine Krise zuspitzt, schlagen wir vor, ein Kommunikationsnetzwerk Gesamtverteidigung zu etablieren.

Angehörige eines solchen Netzwerks sind primär Kommunikatorinnen und Kommunikatoren der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aus Bundesministerien, Landesministerien, Sicherheitsbehörden, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, Interessen- und Wirtschaftsverbänden. Die Anlaufstelle findet sich beim BBK. Ein bereits in Friedenszeiten etabliertes

Netzwerk, das bis in die Kommunen reicht, ist in der Lage, abgestimmte Botschaften gesamtgesellschaftlich zu verankern, sodass Widerstandsfähigkeit gegen Desinformation entsteht. Dies stellt die notwendige Basis einer verteidigungsfähigen Gesellschaft dar.

Übung der Kommunikation

Damit Botschaften verfangen, braucht es geübte Kommunikatorinnen und Kommunikatoren. Eine klar, verständlich und mit Überzeugung vorgetragene Botschaft wird im Gedächtnis haften bleiben und langfristig eine Geisteshaltung formen. Dazu bedarf es auch im Bereich der Kommunikation der Ausbildung und Beübung von Szenarien der Gesamtverteidigung.

Es bedarf für die Angehörigen der Bundeswehr einer Basisbefähigung Kommunikations- und Medienkompetenz. Die Fähigkeit, in geeigneter Weise zu kommunizieren und mit Medien umzugehen, schärft die Meinungsbildung und schützt vor Beeinflussung durch Desinformation. Das gilt für die Bundeswehr genauso wie für andere Institutionen. Entsprechende Weiterbildungsangebote sind daher auch für alle anderen Behörden und Unternehmen zu schaffen. Kommunikation von ziviler und militärischer Verteidigung gelingt nur, wenn abgestimmte Botschaften auf allen Ebenen verbreitet werden:

„One message, many voices!“ Die Implementierung dieser Vorschläge führt zu einer deutlich verbesserten, klaren Kommunikation von abgestimmten Botschaften der Gesamtverteidigung und im Ergebnis zu einer besser gegen Desinformation gewappneten Gesellschaft.

MOBILMACHUNG UND PERSONELLER WEHRERSATZ

Die einsatzbereite Reserve von heute – und morgen.

Status quo – Realität der Reserve

In ihrer heutigen Ausgestaltung ist die Reserve den Anforderungen einer Lage- eskalation hin zu einem Bündnis-, Span- nungs- oder Verteidigungsfall nur bedingt gewachsen. Ein effektiver Einsatz der Reserve als skalierbare, zeitgerechte Re- aktion auf Krise und Krieg ist derzeit un- zureichend gewährleistet. Es bestehen reale Schwachstellen, insbesondere bei:

• Personalverfügbarkeit

Weder mit Blick auf die Personalstärke noch auf die benötigten Qualifikationen ist das Reservepersonal auf dem benötigten Niveau, um allen potentiellen Aufgaben begegnen zu können. Reservistinnen und Reservisten stehen bei Alarmierung oft nicht zeitgerecht zur Verfügung.

• Mehrfachassignierungen

Auch Reservistinnen und Reservisten sind verschiedentlich in systemrelevanten Be- reichen tätig. Engagements beim Tech- nischen Hilfswerk, bei Feuerwehren und anderen Organisationen erschweren eine koordinierte Aktivierung.

• Materialverfügbarkeit

Für die Vielfältigkeit potentieller Aufgaben der Reserve fehlt das benötigte Material in ausreichendem Umfang. Depotbestän- de entsprechen nicht dem Bedarf oder sind nur begrenzt verfügbar. Dies gefähr- det die Auftragserfüllung.

• Strukturelle Defizite

Die Strukturen der Reserve waren bislang auf Bedingungen und Bedrohungsszena- rien der Vergangenheit ausgerichtet – sie helfen nur bedingt bei der Bewältigung der hybriden, vernetzten und dynami- schen Herausforderungen von heute und morgen.

• Mangelnder Pragmatismus innerhalb der Prozesse

Derzeitige Prozesse folgen einer binären Einsatzlogik – entweder Einsatz oder

Nicht-Einsatz. Dazwischen existieren kei- ne „Graustufen“, in denen Reservistinnen und Reservisten lageangepasst eingebun- den werden können.

• Gesellschaftliche Einbindung

Ein Aufwuchs der Bundeswehr in der Kri- se stellt die Streitkräfte, zivile Behörden, Gesellschaft und Wirtschaft gleicherma- ßen vor Herausforderungen. Die Reserve ist nicht nur militärisch zu denken – sie braucht Akzeptanz, Einbettung und Sicht- barkeit im gesellschaftlichen Raum.

Die passenden Rahmenbedingungen

Um die Reserve als ein handlungsfähi- ges, steuerbares Element der Streitkräfte in der Gesamtverteidigung zu etablieren, braucht es tiefgreifende Veränderun- gen. Die Reserve muss als komplexes Gesamtsystem mit einer Fülle an benö- tigten Fähigkeiten gesehen werden, für welches eine rein menschliche Steuerung aufgrund der Vielzahl an Abhängigkei- ten, Rückkopplungen und Unsicherheiten kaum mehr möglich ist.

• Echtzeitdaten und Frühwarnsysteme

Nur durch datenbasierte Steuerung kann eine bedarfsgerechte Aktivierung sicher- gestellt werden.

• Effektbasierte Aktivierung

Die Aktivierung erfolgt nicht schematisch, sondern anhand der für die jeweilige Lage notwendigen Wirkung.

• Eskalationslogik statt binärer Ab- läufe

Reservistinnen und Reservisten müssen je nach Eskalationsstufe – von Frieden über Krise bis Krieg – flexibel, zeitlich gestuft und effektbasiert aktiviert werden können.

• Robuste Wirtschaft

Um in Krisen zu bestehen und die Durch- haltefähigkeit der Wirtschaft zu sichern, bietet das Prinzip des flexiblen Aufwuch- ses das passende Fundament.

Paradigmenwechsel:

Vom Erfahrungswissen zur system- gestützten Entscheidung

Wir schlagen ein simulationsgestütztes Modell vor, das mit Künstlicher Intelligenz (KI) unter Nutzung der Methode System Dynamics mit Causal Loop Diagrams (CLD) gesteuert wird. Ein solches Tool hilft, Kom- plexität zu entflechten, Systemdynamiken sichtbar zu machen und die Führungsebe- ne in Echtzeit handlungsfähig zu halten. Ein echter Paradigmenwechsel.

Jetzt handeln – Voraussetzungen schaffen!

Damit dieses Zielbild Realität wird, müssen die Voraussetzungen jetzt geschaffen wer- den. Das bedeutet:

• Modulare Einheiten und Manöverele- mente

Vordefinierte, personell und materiell hin- terlegte, sofort einsatzbereite Kräftepakete, die sich je nach Bedrohungsszenario lage- bezogen aktivieren lassen – unabhängig von starren Strukturen. Ggf. notwendige Anpas- sungen rechtlicher Art sind mitzudenken.

• Regionale Einsatzsteuerung

BVK/ KVK agieren als vernetzte Führungs- knoten – interoperabel mit zivilen Stellen, lagegerecht und reaktionsschnell.

• Verfügbarkeitsstatus

Eine systematische Gliederung der Reserve in Einsatzbereitschaftsgrade – basierend u. a. auf Gesundheitsdaten, beruflicher Ver- fügbarkeit und Lageparametern.

• Stufenweise Ausbildung

Ein auftragsbezogenes Ausbildungsmodell – digital, modular und skalierbar.

• Schnittstellenmanagement

Systemrelevante Kooperationen mit öf- fentlich-rechtlichen sowie zivilen Akteu- ren werden nicht nur mitgedacht, sondern strategisch gesteuert.

• Messbare Schlüsselvariablen

Politisch-strategische Vorgaben, Einsatzbereitschaft, rechtliche Rahmenbedingungen und Datenverfügbarkeit werden kontinuierlich erfasst und bewertet, um strukturelle und operative Schwächen der Reserve frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern.

• Neue Form der Verteidigungsaufstellung

Einerseits stellt die aktive Truppe in den bestehenden Strukturen ein wesentliches Element für den Aufwuchs der Reserve dar. Andererseits muss eine Verteidigungsaufstellung ausreichend flexibel sein, damit die Reserve lageabhängig skaliert und aktivierbar eingesetzt werden kann.

• Personaldatenbestand

Um in der Krise den Musterungsapparat zu entlasten, sind bereits im Frieden für die Allgemeine Reserve und Ungediente aktuelle Angaben zu Beruf, Qualifikationen und Wehrdienstausnahmen nachzuhalten. Eine freiwillige Selbstauskunft zu Gesundheit und Fitness ist sinnvoll und denkbar.

Die Rechtsgrundlagen sind aufgrund sich weiterentwickelnder Möglichkeiten und Anforderungen stets auf Aktualität zu überprüfen und geplante Änderungen dieser darauf auszurichten.

• Ressortübergreifende Personalpriorisierung

Eine ressortübergreifende Priorisierung auf Grundlage einer detaillierten App-basierten Datenerfassung für Reservistinnen und Reservisten sichert für den Bedarfsfall eine möglichst verlässliche Personaleinplanung und damit einen abgestimmten Zugriff verschiedener Institutionen auf das gleiche Personal.

• Wirtschaft konsequent einbinden

Die konsequente Einbindung etwa durch die Erfassung der Systemrelevanz von Betrieben muss zwingend erfolgen. Die konzeptionelle Vorbereitung von Betrieben auf die Abläufe im Krisenfall und die Einbindung in Übungsabläufe sind erforderlich. Das fördert die Handlungs- und Krisensicherheit der Betriebe und das Verständnis von Gesamtverteidigung in der Wirtschaft und Gesellschaft.

CAUSAL LOOP DIAGRAM

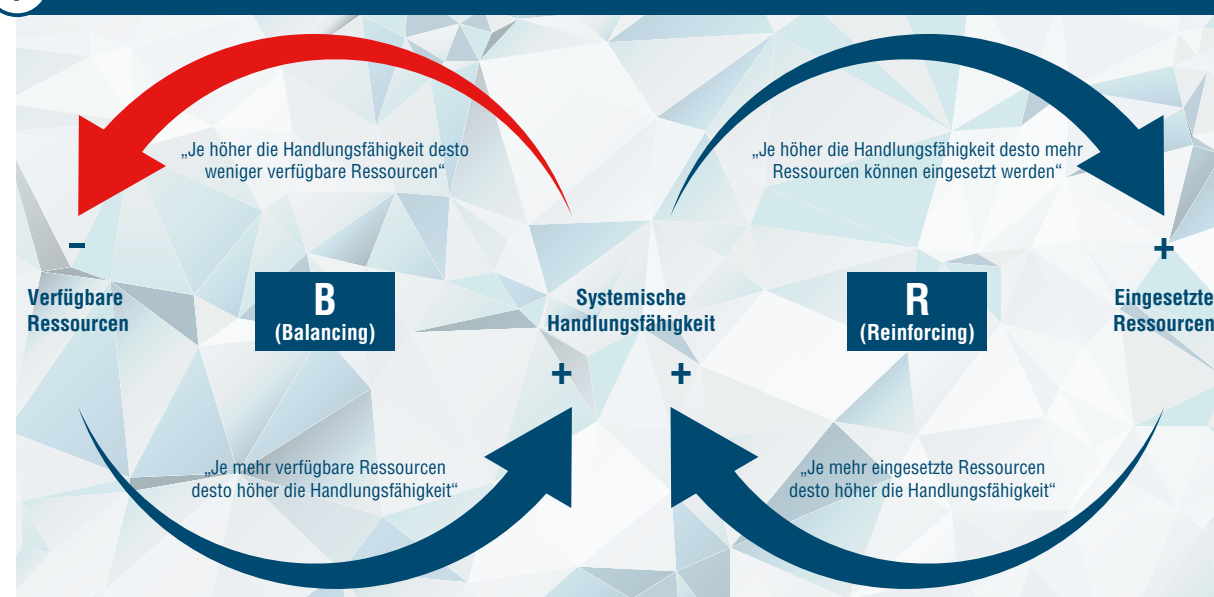
Mit einem Causal Loop Diagram (CLD) können komplexe Systeme analysiert und Wechselwirkungen visualisiert werden. Der Mehrwert wird jedoch bei einer großen Anzahl und Parallelität möglicher Bedrohungen unter sich stetig wandelnden Rahmenbedingungen durch menschliche kognitive Kapazitäten limitiert. KI besitzt die Fähigkeit, u. a. mittels Nutzung hoher Rechenleistungen diese Komplexität weit über das menschlich erfassbare Maß hinaus zu durchdringen.

Eine handlungsfähige, einsatzbereite und strategisch steuerbare Reserve entsteht nicht durch Einzelmaßnahmen – sie ist systemisch zu betrachten. Das Zusammenspiel aus CLD, KI und Führung stellt hier eine wertvolle, zeitgemäße Ergänzung zur Ertüchtigung der Reserve als wesentlicher Teil der deutschen Verteidigungsarchitektur.

SUNBURST EINSATZBEREITE RESERVE



CAUSAL LOOP DIAGRAM



ZUSAMMENFASSUNG



Foto: ©Bundeswehr/Andreas Schindler

Die Gesamtverteidigung Deutschlands wird wirksam gestärkt, wenn nicht nur einzelne Säulen ertüchtigt werden, sondern die Gesamtkonstruktion auf ein stabiles Fundament gestellt und die gesamte Statik sicher kalkuliert wird. Hierfür bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung. In Zeiten weiter wachsender geopolitischer Spannungen und virulenter hybrider Bedrohungen reicht es nicht mehr aus, allein die Streitkräfte zu modernisieren.

Die Herausforderungen der Gegenwart verlangen einen ganzheitlichen Ansatz, der militärische, zivile und gesellschaftliche Kräfte integriert. Die Ertüchtigung der Gesamtverteidigung ist daher nicht allein Aufgabe staatlicher Institutionen im Bund, in den Ländern und Kommunen, sondern ein gesamtgesellschaftlicher, staatsbürgerlicher Auftrag – ein Auftrag für Deutschland.

Unser Ansatz als LGAN 2023 war es, über den Kasernenhof hinaus zu denken und mit möglichst vielen Akteurinnen und Akteuren unterschiedlicher Ebenen und Verantwortlichkeiten über das Thema Gesamtverteidigung in den Austausch zu kommen.

Im Diskurs mit zivilen und militärischen Stellen hat der LGAN 2023 konkrete Vorschläge erarbeitet, die zu dieser Ertüchtigung einen Beitrag leisten sollen. Diese reichen von der Verbesserung der nationalen Führungsfähigkeit durch Schaffung eines ständigen zivil-militärischen Koordinierungstabs (SNRSV) und eines gesamtstaatlichen Lagebilds in der OPZ DEU mithilfe des Territorial Hub über eine Übungsstrategie mit gemeinsamem Ausbildungs- und Übungszentrum (BZÜA), Maßnahmen zur Stärkung der strategischen Kommunikation bis hin zur Transformation der Reserve.

Diese Vorschläge bilden einen Impuls für die gesamtgesellschaftlich zu führende Debatte über Sicherheit, Resilienz, Wehrhaftigkeit und Verteidigungsfähigkeit. Sie tragen zur Förderung einer sicherheitspolitischen und strategischen Kultur in Deutschland bei.

Die Gesamtverteidigung stärken wir nur gemeinsam. Wir freuen uns auf den Dialog.



Foto: ©Bundeswehr/Anne Weinrich

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BBK	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
BMI	Bundesministerium des Inneren
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BVK	Bezirksverbindungskommando
BZÜA (Wortneuschöpfung)	Bundeszentrum Übung & Ausbildung Gesamtverteidigung und Krisenreaktion
CLD	Causal Loop Diagram
EU	Europäische Union
KI	Künstliche Intelligenz
KRITIS	Kritische Infrastrukturen
KVK	Kreisverbindungskommando
LGAN	Lehrgang Generalstabsdienst/ Admiralstabsdienst National
LKdo	Landeskommando
NATO	North Atlantic Treaty Organization; Nordatlantikpakt
OpFüKdoBw	Operatives Führungskommando der Bundeswehr
OPZ	Operationszentrale
OPZ DEU (Wortneuschöpfung)	Operationszentrale Deutschland
RRGV	Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung
SNRSV (Wortneuschöpfung)	Stab für Nationale Resilienz, Sicherheit und Verteidigung
THW	Technisches Hilfswerk
VPR	Verteidigungspolitische Richtlinien

PROJEKTARBEITEN & MASTERARBEITEN

1	Gesundheitsversorgung als gesamtstaatliche Aufgabe	Tina Höhne, OTL
2	Etablierung von Patenfamilien in der Bundeswehr	Felix Oettel, OTL
		Jennifer Tille, OTL
		Mathias Ludwig, OTL
		Michael Pietsch, OTL
3	Resilienz des deutschen Notstandsrechts	Niclas Kroll, M
4	Militärische Ausbildung in Krise, Konflikt und Krieg	Matthias Rautenberg, OTL
5	Verpflichtendes Gesellschaftsjahr und seine Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und die Resilienz der Nation	Dr. med. Carina Roos, OFA
6	Mindset in der Bundeswehr	Nico Rudolf, OTL
		Andreas Schmick, M
7	Hybride Bedrohungen gegen die maritime kritische Infrastruktur	Thomas Seifert, KK
8	Kriegstüchtigkeit in der Einsatzflottille 2 aus organisationswissenschaftlicher Perspektive	Kai Schönfeld, KK
9	Keine Kriegstüchtigkeit ohne Resilienz: Die zivile Verteidigung als Achillesferse der Gesamtverteidigung und Abschreckungsfähigkeit Deutschlands	Simon Rüschkamp, OTL

KOMPETENZNETZWERK GESAMTVERTEIDIGUNG

Über die gesamte Bearbeitungszeit der Studienphase hinweg hat LGAN 2023 intensive Zusammenarbeitsbeziehungen mit Stellen innerhalb und außerhalb des Geschäftsbereichs BMVg aufgebaut. Im Sinne eines „Kompetenznetzwerks Gesamtverteidigung“ werden im Folgenden einzelne Expertiseträger aufgeführt, die im thematischen Zusammenhang mit den ausgearbeiteten Handlungsempfehlungen und Implementierungsvorschlägen stehen. Dieses Verzeichnis kann als Glossar und Orientierungshilfe zur weiteren fachlichen Vertiefung und Kontaktknüpfung dienen.

Über den LGAN 2023 hinaus fungiert die Fakultät Gesamtstaatliche Risikovorsorge (GSRV) als ständige Ansprechstelle an der Führungsakademie der Bundeswehr (FueAkBwFakGSRV@bundeswehr.org).

Gesamtverteidigung (querschnittlich)	BMVg Plg I 1, BMVg EBU I 1, BMVg MEO III 2, FüAkBw Fakultät GSRV, OpFüKdoBw, LKdos
Führung und Koordinierung in der Gesamtverteidigung	BKAmt Referat 232, BMVg MEO III 2, BBK Abteilung L, Lage-management und Warndienst, Maritimes Sicherheitszentrum Cuxhaven
Übungen in der Gesamtverteidigung	BMVg EBU I 7, BMVg MEO II 2 BMVg P I 1, OpFüKdoBw J7, BBK Abteilung B, Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung
Kommunikation in der Gesamtverteidigung	BMVg Stab InfoA, OpFüKdoBw PIZ, Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz, Bundespresseamt
Mobilmachung und personeller Wehersatz	BMVg EBU I 2, BMVg P I 3, BAPersBw Abteilung VI



Impressum

Herausgeber

Führungsakademie der Bundeswehr
Manteuffelstraße 20
22587 Hamburg

Inhalt

Führungsakademie der Bundeswehr
LGAN U 2023
Manteuffelstraße 20
22587 Hamburg

Stand

Juni 2025

Gestaltung, Satz und Druck

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz
und Dienstleistungen der Bundeswehr
DL I 4, Zentraldruckerei BAIUDBw
Fontainengraben 200
53123 Bonn

Weitere Informationen im Internet unter

www.bmvg.de
www.bundeswehr.de

Hinweis

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

WIR. DIENEN. DEUTSCHLAND.



BUNDESWEHR